

# Frankfurter Innenstadtkonzept: Pläne zum Abriss des »Klapperfelds« und andere Katastrophen

Von Kim Freidank

## Gekommen um zu bleiben: Die Initiative »Faites votre jeu!«

Die Initiative »Faites votre jeu!« hatte im August 2008 das frühere Jugendzentrum in der Varrentrappstraße 38 besetzt, um der repressiven Umstrukturierung des städtischen Raums den Versuch eines selbstverwalteten, unkommerziellen Zentrums entgegenzustellen. Im Februar 2009 wurde aufgrund der angedrohten Räumung des JUZ beschlossen, in das unter dem Druck einer breiten Unterstützung von der Stadt Frankfurt angebotene Ersatzobjekt – das ehemalige Polizeigefängnis in der Klapperfeldstraße 5 – umzuziehen. Dies geschah erst nach längeren internen Diskussionen. Bei »Faites votre jeu!« stellte man sich die Frage, ob die bisherige Arbeit der Initiative in einem Bau fortgeführt werden könne, in dem die Gestapo folterte und mordete und der noch bis vor wenigen Jahren zur Inhaftierung von Abschiebehäftlingen genutzt wurde. Noch vor dem Umzug wurde sich darauf geeinigt, sich mit der Geschichte des »Klapperfelds« kritisch auseinander zu setzen und dies in einer Dauerausstellung zu präsentieren. Die geschichtspolitische Auseinandersetzung ist zu einem festen Bestandteil des Projektes geworden.

Nach dem Umzug ins Klapperfeld und den ersten und nötigsten Renovierungsarbeiten setzte die Initiative ihre Arbeit fort und stellt seit Juli 2009 ein monatliches Programm vor, welches über die Aktivitäten und Veranstaltungen im »Klapperfeld« informiert. So ist das ehemalige Polizeigefängnis innerhalb kurzer Zeit zum Magneten für viele Menschen geworden, die das Bedürfnis der Initiative nach gegenkulturellen Räumen teilen, in denen sie ein Maximum an Selbstbestimmtheit verwirklichen wollen. Das »Klapperfeld« soll ein offener Raum für alle sein, welche ihn im eben skizzierten Sinne mitgestalten wollen.

## Über 115 Jahre Repression und Unterdrückung: Zur Geschichte des Polizeigefängnisses »Klapperfeld«

Der heutige Standort des ehemaligen Polizeigefängnisses in der Klapperfeldstraße 5 war schon lange Zeit Ort der Ausgrenzung. Bereits im 16. Jahrhundert befand sich an dem Ort ein Pest- und später ein Armen-, Waisen- und Zuchthaus. Im Rahmen der Annektion Frankfurts durch Preußen 1866 kam es zu erstmaligen Ausbildung eines eigenständigen Polizeiapparates. 1886 wurde das Polizeigefängnis zusammen mit dem damals an die Zeil grenzenden Polizeipräsidium fertiggestellt. Die Flur- und Straßenbezeichnung »Klapperfeld« setzte sich umgangssprachlich als Name für das Gefängnis durch.

Ab 1933 wurde das Polizeigefängnis in der Klapperfeldstraße unter anderem von der Frankfurter Gestapo genutzt, wo sie inhaftierte, verhörte, folterte und mordete. Trotz der schlechten Quellenlage belegt unter anderem das von Mitgliedern des AK Geschichte der Initiative »Faites votre jeu!« mit Hans Schwert geführte Zeitzeugengespräch dieses Vorgehen. Als KPD-Mitglied war Hans Schwert

im August 1936 im Polizeigefängnis inhaftiert und dort – in den 12 Monaten bis zu seiner Verurteilung vor dem Kasseler Sondergericht – mehrfach verprügelt und misshandelt worden. Während manche im »Klapperfeld« über Monate oder gar Jahre eingesperrt waren, kamen andere nach kurzer Zeit entweder in andere Gefängnisse, in Konzentrations- und Vernichtungslager oder wurden direkt zu ihrer Hinrichtung gebracht. Im obersten Stockwerk befand sich im Frühjahr 1943 eine so genannte »Judenabteilung«, die ausschließlich der Gestapo unterstand. Die Gefangenen wurden dort in käfigartigen Drahtverhauen festgehalten, um schließlich in die Vernichtungslager deportiert zu werden.

Trotz der Nutzung durch die Gestapo diente das »Klapperfeld« auch nach 1945 weiterhin als Gefängnis, was zunächst daran lag, dass es während des Krieges nahezu unbeschädigt geblieben war. Inhaftiert wurden in dieser Zeit jedoch nicht nur straffällig gewordene Erwachsene. In Zusammenarbeit mit der Polizei nutzte die Abteilung »Heimatlose Jugend« des Frankfurter Jugendamtes das Polizeigefängnis zur Unterbringung von so genannten »entwichenen Fürsorgezöglingen« zwischen 14 und 18 Jahren. Obwohl die Minderjährigen laut Jugendamt nicht länger als 3 Tage ins »Klapperfeld« gesperrt werden sollten, zeigen historische Dokumente jedoch Gegenteiliges.

Während der Studierendenproteste der 60er Jahre gewann das Polizeigefängnis für den staatlichen Repressionsapparat aufgrund der hohen Zahl von Verhaftungen an Bedeutung. Auch bei Protesten in den darauf folgenden Jahrzehnten wurden zahlreiche Demonstrierende in vorübergehenden Gewahrsam genommen, wie zum Beispiel während der Proteste gegen die Startbahn West. Immer wieder berichteten in Gewahrsam genommene Demonstrierende von Demütigungen, Misshandlungen und entwürdigender Behandlung während Verhören im »Klapperfeld«. Zur letzten größeren Inhaftierung nach einer Demonstration kam es am 1. Mai 2001, als in Frankfurt mehrere tausend Menschen erfolgreich einen Naziaufmarsch verhinderten.

Neben der Inhaftierung von Demonstrierenden und straffälligen Menschen wurde das Polizeigefängnis »Klapperfeld« seit den 1980er Jahren bis 2003 auch als Abschiebegefängnis genutzt. Bezeichnend ist der Umstand, dass die durch den Staat illegalisierten Flüchtlinge nicht nur mehrere Stunden oder wenige Tage inhaftiert waren, sondern mitunter wesentlich länger unter miserablen Bedingungen in den viel zu kleinen und dunklen Zellen ihr Dasein fristen mussten.

Trotz der Tatsache, dass selbst von offizieller Seite anerkannt wurde, dass die Haftbedingungen nicht den Mindestanforderungen entsprachen und schon Ende der 1950er Jahre über eine Schließung diskutiert worden war, ist das »Klapperfeld« erst im November 2001 offiziell geschlossen worden. Um so erstaunlicher ist es, dass es verschiedentlich Hinweise auf eine deutlich längere Nutzung des Gefängnisses gibt – wie zum Beispiel dass sich in vielen Zellen Graffiti von Häftlingen finden, die auf die Jahre 2002 beziehungsweise 2003 datiert sind.

## Erhalten statt Abreißen

Der Entwurf des Innenstadtkonzepts der Stadt Frankfurt, »ein Plan mit so schönen Zielvorstellungen, dass niemand widersprechen [kann]«<sup>1</sup> sieht unter anderem den Umbau des Gerichtsviertels an der Konstablerwache vor. Anstelle kulturell und unkommerziell genutzter Räume sollen Bürogebäude und Hotels entstehen. »Das Untersuchungsgefängnis soll abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden«<sup>2</sup>, steht konkret im Konzept. Damit wäre das »Klapperfeld« als geschichtspolitisch bedeutsames Gebäude bald aus dem Stadtbild verschwunden.

Das passt zu den anderen städtebaulichen Maßnahmen. Der geplante kostspielige Wiederaufbau von Fachwerkhäusern in der Frankfurter Innenstadt bereinigt das Stadtbild von den Spuren des Zweiten Weltkrieges. Wurden diese doch von den Alliierten zerstört, um das Ende des Zweiten Weltkrieges zu beschleunigen. Mit der geplanten »Restauration« einerseits und dem Abriss des 115 Jahre alten Gefängnisses andererseits würde ein Teil der unerfreulichen deutschen Geschichte unsichtbar gemacht. Dass das Klapperfeld gerade jetzt abgerissen werden soll, wo die Auseinandersetzung mit dessen Geschichte geführt wird, mindert diesen Eindruck nicht gerade. Zumal ein Interesse an der Vergangenheit des Gebäudes seitens der Stadt offenbar nie vorhanden war, ein Versäumnis, das auch durch die 2007 zwischenzeitlich laufende Ausstellung des Architekturmuseums im »Klapperfeld« kaum ausgeräumt wurde, da angeblich keine Unterlagen das Kriegsende überstanden hätten. Erst über die Initiative »Faites votre jeu!« konnte eine angemessene geschichtspolitische Auseinandersetzung begonnen werden, deren Beendigung nun durch den Abriss besiegelt werden soll.

Von derartigen, plötzlich sehr akuten Umstrukturierungsplänen für die Innenstadt war keine Rede, als die Stadt der Initiative vor einem Jahr das Gebäude zur Nutzung übergab. Nach dieser kurzen Zeitphase – in der viel Zeit in die intensiven Renovierungsarbeiten gesteckt wurde, um eine Nutzbarkeit der Räume für die Arbeit und das Programm der Initiative möglich zu machen – ist es absolut inakzeptabel »Faites votre jeu!« demnächst wieder auf die Straße zu setzen. Der Vorschlag des Stadtplanungsdezernenten Edwin Schwarz »andere Räume als Alternative«<sup>3</sup> anzubieten, kann getrost als Unverschämtheit bezeichnen werden und lässt erahnen mit welchem ausgeprägtem, geschichtspolitischen Bewusstsein er gesegnet ist. Die bisherige Arbeit der Initiative wird dabei konsequent missachtet.

Gerade unter oben genannten Aspekten erscheint die Tatsache absurd, dass das »Klapperfeld« ausgerechnet einem »Büro- und Geschäftsgebäude« weichen soll. In Frankfurt herrscht bereits jetzt ein immenser Büroleerstand. Auch Roland Burgard, ehemaliger Leiter des Hochbauamtes, der die Stadt als Architekt berät, warnt vor Druck durch wirtschaftliche Interessen, die für immer neue Hochhäuser und überdimensionale Bürogebäude sorgen<sup>4</sup>. Noch ein Bürogebäude zu errichten, hieße allerdings nicht nur Leerstand zu produzieren, sondern auch einen öffentlichen Raum unzugänglich zu machen.

Denn mit dem »Klapperfeld« würde einer der letzten selbstverwalteten Orte in zentraler Lage verschwinden und mit ihm unkommerzielles und alternatives Leben. Schon jetzt ist es kaum möglich, sich in der Innenstadt aufzuhalten, ohne zu konsumieren bzw. ohne ununterbrochen dazu aufgefordert zu werden. Das ehemalige Gefängnis bietet hingegen einen Ort, an dem sich Kulturschaffende und Feiernde nach ihren Bedingungen und Vorstellungen ausleben können, sowie Raum für politische Entfaltung und Organisierung jenseits etablierter Strukturen. Gelebte Alternativen, die durch einen Abriss des »Klapperfelds« aus der Innenstadt verschwinden würden, müssen bestehen bleiben. Auch die drohende Verdrängung von Clubs wie dem Silbergold und dem Kunst- und Kulturverein Lola Montez durch das Innenstadtkonzept würde die kulturelle Armut im Frankfurter Zentrum noch weiter verschärfen.

**...es geht nicht nur ums  
»Klapperfeld«: Innenstadtkonzept  
und Gentrification bekämpfen**

Gentrifizierung bedeutet »Aufwertung« einzelner Stadtteile bei gleichzeitiger Verdrängung marginalisierter und/oder prekariierter Bevölkerungsschichten und beschreibt den politisch gezielten Prozess sozialer Umstrukturierung. Dieser ist in Frankfurt in den letzten Jahrzehnten bereits weit fortgeschritten und beispielsweise im Nordend, Bornheim oder Bockenheim über teure Mieten und Privatisierungen im öffentlichen Raum manifest geworden. Mit dem Innenstadtkonzept und anderen Vorhaben der unternehmerischen Stadtpolitik soll nun insbesondere die Wohngegend des Ostends »aufgewertet« werden. Ebenso wie durch höherwertiges Bauen im Stadtzentrum eine scheinbare »soziale Durchmischung« erreicht werden soll. Allerdings hat diese Form der Umstrukturierung des städtischen Raums immer die Verdrängung sozial benachteiligter Menschen zur Folge, die an die Peripherie der Metropolen verbannt werden. Dabei spielen nicht nur steigende Mieten eine Rolle, vielmehr soll unter dem Deckmantel der »Attraktivität des Standorts«, wie in anderen europäischen Städten auch, die Erschließung des öffentlichen Raums für kommerzielle Zwecke weiter gefördert werden.

In sogenannten »offenen« Themenwerkstätten setzt die Stadt bei ihrem Innenstadtkonzept auf »Bürgerbeteiligung«. Bei diesen »diskutieren interessierte Menschen aus Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet, Gäste und Experten die Zukunft der Innenstadt«<sup>5</sup> anhand verschiedener Themen – so zum Beispiel »Einzelhandel, Gastronomie« oder »Büros«. Allerdings darf dieses Schauspiel nicht als »basisdemokratischer« Prozess missverstanden werden. Die Teilhabe daran wird für ausgegrenzte Bevölkerungsschichten ohnehin nicht möglich sein. Die angeblichen Mitwirkungsmöglichkeiten, die das Stadtplanungsamt damit einräumt, müssen als Kampagne zur Legitimierung des Innenstadtkonzeptes verstanden werden. Es ist der mehr oder weniger plumpe Versuch, ihrem Konzept durch vermeintliche Partizipationsmöglichkeiten den Anschein einer demokratischen Legitimation zu

verleihen. Eine grundlegende Kritik, die die Umstrukturierungspläne in Gänze in Frage stellt, ist im Rahmen von derlei Veranstaltungen sowieso nicht möglich. Aus diesen Gründen macht eine Beteiligung an diesen Veranstaltungen keinen Sinn.

Fast durchweg werden in aktuellen Stadtplanungsprozessen wie dem Frankfurter Innenstadtkonzept Aspekte der Verkehrsberuhigung, der Wohnqualität und Sicherheit betont, wobei die Frage nach Nutzbarkeit für alle Bevölkerungsschichten in den Hintergrund gerät. Über Programme wie »Sauberes Frankfurt« und durch den jüngst wieder stärker werdenden Druck von Seiten der ordnungsamtlichen Stellen werden Menschen, die dem »modernen Stadtbild« nicht entsprechen, aus diesem entfernt. Ihnen bleibt kaum Rückzugsraum, Obdachlose und »Junkies« werden beispielsweise in wenige Straßen am Hauptbahnhof zusammengepfercht, überwacht und müssen sich immer wieder die entwürdigenden und erniedrigenden »Kontrollen« der »Ordnungshüter« gefallen lassen. »Soziale Kontrolle« wie sie das Innenstadtkonzept in Wechselbeziehung mit der Angst belasteten Bürgergesellschaft vorsieht, bedeutet eben nicht, dass die Plätze, die zum »verweilen« einladen, für alle nutzbar sein sollen. Menschen, die die Stadt nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten wollen, werden mit stetig wachsendem Aufwand kriminalisiert und als Sachbeschädiger\_innen denunziert.

Ebenso wie das Aufwerten der Stadtteile als von oben geplant und repressiv durchgesetzt begriffen werden muss, muss auch die eigene Rolle in diesen Prozessen immer wieder reflektiert werden. Denn wo es heute Studierende und »Künstler\_innen« hinklockt, entstehen die ersten Aufwertungen für den teuren Wohn- und Lebensraum von morgen.

Die einseitig regulierten Themenwerkstätten werden die umfassenden Umstrukturierungspläne der Stadt wohl kaum in eine – nur Ansatzweise – positive Richtung lenken. Einer Politik von Sicherheit und Ordnung, Aufwertung und Ausschluss gilt es ein breites gesellschaftliches Bündnis entgegenzusetzen, um sich gemeinsam das Recht auf Stadt zu erkämpfen.



<sup>1</sup> Frankfurter Rundschau, 07.12.2009; [http://fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/frankfurt/?em\\_cnt=2127582&](http://fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=2127582&)

<sup>2</sup> [http://www.stvv-frankfurt.de/parlissobj/M\\_240\\_2009\\_AN1.pdf](http://www.stvv-frankfurt.de/parlissobj/M_240_2009_AN1.pdf)

<sup>3</sup> Frankfurter Rundschau, 30.03.2010; [http://fr-online.de/top\\_news/?em\\_cnt=2482278&](http://fr-online.de/top_news/?em_cnt=2482278&)

<sup>4</sup> Frankfurter Rundschau, 08.03.2010; [http://fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/dossiers/stadt\\_der\\_zukunft/?em\\_cnt=2395179&](http://fr-online.de/frankfurt_und_hessen/dossiers/stadt_der_zukunft/?em_cnt=2395179&)

<sup>5</sup> <http://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/show.php?ID=7971&psid=26c4e248a4c60d1331a5ea37b2e9601a>

**Allgemeine Infos und Kritik an  
Stadtplanung und -entwicklung:**  
[www.buko.info/buko-projekte/as-stadt-raum/](http://www.buko.info/buko-projekte/as-stadt-raum/)

**Auf »Gentrification Blog« postet der  
sozialwissenschaftler Andrej Holm  
aktuelle Nachrichten zur Stärkung  
von Stadtteilmobilisierungen und  
Mieter\_innenkämpfen:**  
[gentrificationblog.wordpress.com](http://gentrificationblog.wordpress.com)

**Weitere Informationen zur Initiative  
»Faites votre jeu!« und das aktuelle  
Programm im »Klapperfeld« findet ihr auf:**  
[www.faitesvotrejeu.tk](http://www.faitesvotrejeu.tk)

**Seit Mitte März 2010 ist die Ausein-  
dersetzung mit der Gefängnisgeschichte  
auch online dokumentiert:**  
[www.klapperfeld.de](http://www.klapperfeld.de)

Auf der vom »Arbeitskreis Geschichte« eingerichteten Website ist die gesamte Dauerausstellung inklusive der Zeitzeug\_innengespräche abrufbar. So besteht auch für diejenigen die Möglichkeit, die Auseinandersetzung mit der Gefängnisgeschichte zu verfolgen, die die Ausstellung vor Ort nicht besuchen können. Das gleiche gilt für Audio-Mitschnitte von Veranstaltungen, die im »Klapperfeld« stattgefunden haben, die ebenso wie Presseberichte über »Faites votre jeu!« im Archiv der Seite zu finden sind. Zusätzlich gibt es jetzt auch die Möglichkeit, einen Newsletter zu abonnieren, der über Neuigkeiten rund um das »Klapperfeld« informiert.